

28.Juni 2017

Presseinformation Nr.5

System Deutschland 2017: Herrschaft des Unrechts?

Wer wehrlose Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen, mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge, trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland, wie Rechtlose behandelt und für diese Umverteilung, Zerschlagungen, staatliche Übergriffe verantwortlich ist, der kann nicht Bundesregierung sein

⊗ Politisch motivierte Zerschlagungen (6-fach) in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge, mit sozialer und wirtschaftlicher Exklusion, unter Verantwortung des Bundeskanzleramtes, unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung, unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge hat mit der Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 (1 BvR 382/17, Zerschlagung 1) und Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 (2 BvR 628/17, Zerschlagung 2) an das Bundesverfassungsgericht diesen Sachverhalt wahrheitsgetreu beschrieben und die Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts beantragt: Sieh Anlagen oder im Internet

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Politisch motivierte Zerschlagungen (6-fach) in Deutschland

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge:

> unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung
(Zerschlagung 1) und

> unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung
(Zerschlagung 2 mit Ausnutzung der Zerschlagung 1) und

> unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
(Zerschlagung 3)

> unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen
(Zerschlagung 4)

> wegen massiver Verstöße gegen internationale Menschenrechte durch weisungsgebundene, skrupellose Staatsanwaltschaften
(Zerschlagung 5, psychische Zerschlagung)

> wegen Versagung von jeglichem Gehör zu Rehabilitierung trotz intensiver Bemühungen seit 2003 mit offensichtlicher Erklärungsnot aller Täter, Mittäter und Mitwisser

(Zerschlagung 6)

Extremistische staatliche Übergriffe zur Durchsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen sind ein

Frontalangriff auf das Grundgesetz (GG):

„Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren“, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Niemand ohne Ausnahme darf sich über das GG stellen.

Das GG soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen. Dies gilt insbesondere für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe.

⊗ **Zivilrechtliche Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland seit 30.März 2015 (Zerschlagung 1), Landgericht Wuppertal (2 O 70/15)**

Beklagter: Bundesrepublik Deutschland

vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin,

vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten von dem Kanzleramtsminister

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (Agenda 2010, HARTZ IV) und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung), durch alle Instanzen in verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Verfahren, **bis heute** mit verfassungswidrigen Versagen von rechtlichem Gehör (grundrechtsgleiches Recht nach Art.103 Abs.1 GG), **bis heute** mit **Nicht**-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung seit 2010 nicht nur für eine, sondern für **alle** Verfassungsbeschwerden (Dauerzustand), **bis heute** mit **Verhinderung** einer Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg (massiver Verstoß gegen das Prozess-Grundrecht auf ein faires Verfahren gemäß Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK)

⊗ **Zivilrechtliche Klage gegen den Freistaat Bayern seit 06.Juli 2016 (Zerschlagung 2), Landgericht Wuppertal (2 O 163/16)**

Beklagter: Freistaat Bayern

vertreten durch das Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Leonberg,

vertreten durch die Bezirksregierung der Oberpfalz,

vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, diese

vertreten durch den leitenden Staatsminister

Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders nach einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod und danach mit Fortsetzung auf seinen einzigen Rechtsnachfolger in NRW, nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag, mit Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz sowie Verhinderung von Berufungsverfahren am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zur Verdeckung der Rechtsbeugung, wegen kapitaler Vermögensschäden und tödlichem Ausgang, vor dem Hintergrund **unbewältigter NS-Vergangenheit**

Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit Todesfolge: **Wendelin Josef Ockl**, verstorben am 06. Juli 2012 in Themenreuth, Gemeinde Leonberg, Landkreis Tirschenreuth

Der Kläger, Bruder und einziger Rechtsnachfolger, muss bis heute die Eintragung einer Hypothek für Gerichtskosten der Rechtsbeugung durch die 1. Instanz des Verwaltungsgerichtes Regensburg hinnehmen. Es geht um **kriminelle Rechtsbeugung** im Umfeld einer langjährigen Treib- und Hetzjagd der regionalen Verwaltung auf einen qualifizierten Unternehmer **bis in den Tod am 06. Juli 2012 als letzten „Ausweg“**, mit wissentlicher Duldung der Bayerischen Staatsregierung, mit kapitalen Vermögensschäden für das Todesopfer und den klagenden Rechtsnachfolger, vor dem Hintergrund **unbewältigter NS-Vergangenheit mit 2 Todesopfern**.

⊗ **Verwaltungsgerichtliche Klage gegen den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk seit 15. Juli 2013 mit Antrag auf Berufung vom 25. Nov. 2016 (Zerschlagung 3),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 3968/14, 27 K 5854/13)
Beklagter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk
vertreten durch den Westdeutschen Rundfunk, dieser
vertreten durch den Intendanten Tom Buhrow.**

Die rechtswidrige Schädigung des klagenden Opfers durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Vorfeld der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit Live-Aufzeichnung, Live-Übertragung und zeitversetzte Übertragung aus den kostenpflichtigen, hochqualifizierten Congressen der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 des klagenden Opfers **ohne Übertragungsrechte** (Schaden über 100.000 €), ist ein zusätzlicher Beweis für die skrupellose Durchsetzung der gigantischen Umverteilungspolitik durch die ausführende Bundesregierung:
Auftakt einer gigantischen Umverteilungspolitik mit einem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000, mit dem weltweit größten Auktionsbetrag und mit anschließender **total diskriminierender, bis heute andauernder Versagung von jeglichem Gehör** (auf zahllose Briefe, Schriftsätze, Projektvorschläge, kritische Analysen und Innovationsoffensiven) durch ARD-Vorsitzende, Intendanten und Mitglieder der Bundesregierung (Bundeskanzlerin, Bundesminister, Staatssekretäre).

⊗ **Größtes Milliardengrab aller Zeiten zur Durchsetzung einer gigantischen Umverteilungspolitik:
Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag (über 50 Mrd EUR) mit flächendeckenden, verheerenden Folgewirkungen wie politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010, HARTZ IV und Krisen am laufenden Bande**

Das größte Milliardengrab aller Zeiten war der Bundeshaushalt 2000-2001: Die einmalige Einnahme durch die **UMTS-Auktion 2000** entsprach damals ungefähr dem Fehlbetrag eines einzigen Haushaltsjahres. Das bedeutete:
Nach einem Jahr war der Effekt der Einnahme **verpufft**. Das Haushaltsloch war wieder da. Aber die Folgewirkungen waren verheerend:

Unternehmens-Genozid der „New Economy“, der deutschen Innovationselite für digitale Evolution, Hauptkunden der Europäischen Congressmessen ONLINE des klagenden Opfers: So geht staatlich erzwungene Einstellung der nicht mehr finanzierbaren Congressmessen mit dem **weltweit größten Congressprogramm zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation, mit**

Weltklasse-Höchstleistungen des klagenden Opfers für digitale Evolution inkl. nationaler IT-Gipfel über 25 Jahre in jährlichem Turnus

(nationaler IT-Gipfel seit 2006 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums trotz intensiver Kooperationsbemühungen des klagenden Opfers)

⊗ **Gigantische Umverteilungspolitik in Deutschland mit verheerenden Folgen: Politisch motivierte Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010 und Krisen am laufenden Bande**
Planer, Macher der Umverteilungsoperation: Bundesregierung Schröder I, Gewerkschaften und Öffentlich-rechtlicher Rundfunk
Verteidiger des neuen Establishments: Bundesregierung Merkel

Solche gewaltsame Umverteilungsoperationen sind **schlimmer als die Anwendung von Notstandsgesetzen, weil de facto** Grundrechte nicht ausgeschaltet, sondern ausgehebelt werden ohne Notstand. Die Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu 32 Innovationsschwerpunkten (8 Congresses mit je 4 ganztägigen Symposien), mit dem jährlichen IT-Gipfel, **hatten keinen Innovationsmarkt mehr, weil** die Gewinner der UMTS-Frequenzen (Netzbetreiber) nur noch leere Kassen hatten, mit denen kein UMTS-Netz aufgebaut werden konnte, **weil** internationale und nationale Banken nicht weiter finanzieren wollten (Kapitalflucht vor staatlichen Auktionen), **weil** die deutsche Bundesregierung den nationalen IT-Gipfel, auf dem die beklagte Bundeskanzlerin heute eine jährliche Gipfelrede hält, so an sich reißen konnte, und das Opfer trotz intensiver Kooperationsbemühungen einfach ausgesperrt wurde: **Ausgehebelt, ausgesperrt, abgehängt und zerschlagen (6-fach).**

"8 Congresses in 1 Messe", jeder Congress mit 4 ganztägigen Symposien, also insgesamt mit 32 (4x8) ganztägigen Symposien zu 32 Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution waren das überlegene, unschlagbare Konzept der innovationsorientierten Congressmessen **mit zusätzlichen, vertriebsorientierten Workshop-Reihen** der innovationsorientierten Aussteller (New Economy) und mit **abschließenden, ganztägigen Tutorials mit innovationsorientiertem Fortbildungscharakter.**

Diese Congressmessen, die mit dem weltweit einmaligen Konzept des Innovationstransfers einen signifikanten Beitrag zum Aufbau der deutschen ITK-Branche geleistet haben, die mit herausragenden Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien den heutigen **"Nationalen IT-Gipfel"** (heute unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums) in jährlichem Turnus umgesetzt haben, sind das Lebenswerk des Klägers.

Das Innovationswachstum mit zig-Tausenden Hochtechnologie-Arbeitsplätzen ist nach Fernost abgewandert. Aus einer blühenden ITK-Branche, mit **über 12 % jährlichem Umsatzwachstum in 1999/2000**, mit der Telekommunikation als Innovationstreiber, wurde eine Branche ohne Perspektive, mit der

Telekommunikation auf Dauer-Schrumpfkurs seit über 15 Jahren.

Der CeBIT-Niedergang mit rückläufigen Aussteller- und Besucherzahlen geht nun in das 16. Jahr. Eine Viertel Mrd. € Verlustausgleich von den staatlichen Anteilseignern (Steuergelder) in 2009. Die CeBIT ist das Spiegelbild einer heruntergewirtschafteten ITK-Branche.

Die staatlichen UMTS-Auktion 2000 war das politische Instrument, mit der neue, grenzüberschreitende Technologien der digitalen Evolution auf staatliche Grenzen zurückgestutzt wurden, nicht ohne Folgen:
Deutschland im Jahr 2000 war **digitale Spitze im globalen Vergleich**
Deutschland heute: **digitale Kolonie von USA und Fernost**
Die Europäischen Congressmessen des klagenden Opfers hatten keine Chance in Deutschland. Auffallend: Europa 2017 hat gewaltige Probleme.

⊗ **Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe**

Weisungsgebundene Staatsanwälte mit Weisungen durch das beklagte Bundeskanzleramt haben kein Problem, massiv gegen internationale Menschenrechte zu verstoßen (Zerschlagung 5)

Verfassungsbeschwerde (2 BvR 741/16) vom 14. Februar 2016,
auch in der Internet-Cloud einsehbar

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung **mit physischer Gewaltanwendung**, Hausfriedensbruch, Präsentation des gegen die Bundesregierung klagenden Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,
ohne Haftbefehl, **ohne** Durchsuchungsbefehl, **ohne** Polizeiausweis, ausgeführt mit kriminellem Missbrauch von Staatsgewalt
am helllichten Tag von Staatsanwaltschaft Wuppertal mit **Anweisung durch das beklagte Bundeskanzleramt gesteuert.**
Art. 1 Abs. 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“
Gewalttätiger Polizist: „Halt endlich deine dreckige Fresse“
nach der Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten.

⊗ **Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe**

Kausaler Zusammenhang aller Zerschlagungen, weil staatlich erzwungene Altersarmut nach Auflösung ansehnlicher Altersrücklagen des klagenden Opfers gnadenlos ausgenutzt wird, z.B.

Zerschlagung 2 unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung

Der Kläger, alleiniger Erbe und Rechtsnachfolger seines verstorbenen Bruders, hat nach einer Petition an den Bayerischen Landtag im Mai 2010 umfangreiche Rechtsunterstützung gegeben, um auf Bitten seines verstorbenen Bruders seine **finale Zerschlagung** zu verhindern.
Nach kommunalpolitisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders mit Todesfolge hat er umfangreiche Rechtsbemühungen unternommen, um posthume Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen.

Eine rechtsbeugende bayerische Verwaltungsjustiz unterdrückt bis heute das Schlüsseldokument für die finale Zerschlagung des gejagten Opfers, das Schlüsseldokument über eine Katastrophen-Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes in 10m Entfernung vom Lebensmittelbetrieb des verstorbenen Opfers mit bestialisch stinkenden Emissionen bei stunden- und tagelangen Störfällen mit periodisch auftretenden Rohrbrüchen in 5m-Entfernung vor den Backstuben des verstorbenen Opfers.

Höchstes Kontaminierungsrisiko der Katastrophen-Pumpwerksanlage war unvermeidbar: **Das unverantwortliche Hygiene-Desaster nach einer Jahrhundert-Überschwemmung als Folge eines Wolkenbruchs** wurde vom besorgten, verantwortungsvoll handelnden Opfer im November 2011 mitgeteilt. Skandalös war die Verweigerung einer Schadensregulierung. Statt dessen: **Rache des Landratsamtes mit heimtückischer Vorbereitung eines Überfalls** mit einer 8-Personen-Task-Force unter dem betrügerischen Deckmantel des Lebensmittelrechts zur finalen Zerschlagung des verstorbenen Opfers im März 2012.

Ein heimtückisch geplanter Überfall mit einer 8-Personen-Task-Force unter dem vorgetäuschten Deckmantel des Lebensmittelrechts zur tatsächlichen Beseitigung des Hygiene-Desasters der Katastrophen-Pumpwerksanlage mit finaler Zerschlagung des verstorbenen Opfers nach einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod am 06. Juli 2012.

Absolut illegitime Verwaltungsübergriffe gegen eine kleine, beliebte Dorfbäckerei mit einer 8-Personen-Task-Force für Bäckerei-Großbetriebe:

Gipfel der politisch motivierten Zerschlagung durch Nachkommen einer NSDAP-Vätergeneration: Die Katastrophen-Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes wurde auf dem Hofgrundstück des Todesopfers errichtet, nach Manipulation von Grundstücksrechten mit einem **NS-Dokument aus 1943 in Sütterlin-Schrift, die vom verantwortlichen Richter überhaupt nicht lesbar war, aber mit Überzeugung interpretiert wurde:**

O-Ton des Vizepräsidenten Alfons Mages des Bayerischen Verwaltungsgerichtes Regensburg bei der Präsentation des NS-Dokuments aus 1943, mit Zeugen nachweisbar:

"In der Nazi-Zeit war nicht alles schlecht, was sie gemacht haben".

Bayerische Verwaltungsjustiz, die **über die staatlich erzwungene Altersarmut des klagenden Rechtsnachfolgers ausführlich informiert war**, verhindert bis heute Berufungsverfahren zu Urteilen der 1. Instanz, um die Rechtsbeugung zu verdecken.

Bayerische Verwaltungsjustiz hat die Eintragung einer Sicherungshypothek für Gerichtskosten der Rechtsbeugung auf Kosten des Rechtsnachfolgers am Amtsgericht Velbert in NRW in 2016 erzwungen. **Zivilrechtliche Klage gegen den Freistaat Bayern seit 06. Juli 2016 (Zerschlagung 2), Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) ist rechtshängig.**

Mit Recht stellt sich der Kläger die Frage, wer für seinen Schutz in NRW verantwortlich sein könnte. Schutz gegen groben Missbrauch tumber Staatsgewalt bei extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
durch Staatsanwälte mit Weisungen von dem beklagten Bundeskanzleramt?
durch das Bundesamt für Justiz, bei dem das klagende Opfer sofortige Härteleistungen beantragt hat, das aber lieber Gerichtskosten eintreiben möchte?
durch staatliche Finanzinstitute des Freistaates Bayern?
durch kommunalen Finanzdienstleister des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks?
durch gewalttätige Polizisten, die ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, Hausfriedensbruch mit Einbruch verwechseln,

⊗ **Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe mit tumber Staatsgewalt**
Seit 2010: Verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör durch deutsche Justiz, ohne Zugang zum Grundgesetz (Nicht-Annahme aller Verfassungsbeschwerden zur Entscheidung ohne Begründung) und

Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren (massiver Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK) trotz Verfügbarkeit von umfangreichem, qualifiziertem Beweismaterial und hochqualifizierter Zeugenaussagen

Deutsche Ministerpräsidenten, Bundesminister aus Berlin und EU-Kommissare aus Brüssel bescheinigten immer wieder eine herausragende Qualität der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH des klagenden Opfers mit persönlicher Teilnahme. Nur einige ausgewählte Beispiele:

**Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Johannes Rau**

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

zum Beispiel

ONLINE'96: Weltweit größtes Congressangebot

für technische Kommunikation

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)

auf unserer ONLINE 96: "Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."

> > > <http://www.euro-online.de/h5.htm>

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Dr. Henning Voscherau

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst. **“Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

Karel van Miert (1989-1999)

auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission

Erkki Liikanen (1999-2004)

auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Der Betroffene hat in seinem gesamten Berufsleben seit Beendigung seiner akademischen Ausbildung (Telekommunikation) als Dipl.-Ing. an der Technischen Universität Braunschweig im Jahre 1967 **keine** Subventionen erhalten. Das gilt auch für alle seine Unternehmen.

Er hat ausschließlich mit Eigenleistung die in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminare aufgebaut und daraus die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot zum nationalen IT-Gipfel entwickelt und über 25 Jahre in jährlichem Turnus durchgeführt:

Er hat in dieser Zeit **über 260 Congressse**, dokumentiert in über 260 ISBN-nummerierten Congressbänden (alle im Congressmesse-Archiv einsehbar) durchgeführt, z.B. die

ONLINE 2000 Düsseldorf (23 Jahre Kompetenz & Know-how)

Führende Congressse in Europa: 8 Congressse / 32 Symposien in 1 Messe Business Shows der Aussteller mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, mit Firmensymposien und Tutorials,

Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern

(Plenary & Keynote Speakers)

23. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf>

Beweise für höchste Qualifikation seiner Congressmessen wurden im Beweis-Ordner 1 und 2 der insgesamt 5 Beweis-Ordner den Gerichten vorgelegt.

Beklagt: **Unterdrückung und diskriminierende Ignoranz**

entscheidungsrelevanter Beweisunterlagen,

von qualifiziertem, ordnerweise vorgelegtem Beweismaterial aus dem Congressmesse-Archiv des Opfers in den Beweisordnern 0, 1, 2, 3, 4 und in separater Beilage der ISBN-nummerierten Congressbände aus 2000 als Muster des professionellen Verlagsservice für die jährlichen Europäischen Congressmessen, das ist

staatliche Diskriminierung der schlimmsten Kategorie.

Dieses qualifizierte Beweismaterial aus dem Congressmesse-Archiv des Opfers wurde in 2014/2015 zum Nachweis der Zerschlagung 1 vorgelegt bei

27. Kammer des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf (27 K 3968/14, Juni 2014)

27. Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin (27 K 308.14)

2. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (2 O 70/15)

18. Zivilsenat des OLG Düsseldorf (I-18 W 36/15)

III. Zivilsenat des Bundesgerichtshof (III ZB 108/15)

BVerfG (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16 zu III ZB 108/15)

> > > Auflistung des Beweismaterials

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

⊗ **Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe**

Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe beim Bundesamt für Justiz (BfJ)

Ablehnung der Kostenverantwortung für Prozesskostenhilfe-Verfahren wegen politisch motivierter Zerschlagungen

mit Versagung von rechtlichem Gehör,

mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren und

mit Versagung des Zugangs zum Grundgesetz seit 2010 nach lebenslangen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland, nach Verlust von

Menschenleben, nach kapitalen Vermögensschäden, nach

Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch, nach sozialer Ausgrenzung,

mit Auswirkungen unbewältigter NS-Vergangenheit von Bayern bis NRW

Der an das BfJ (Bundesamt für Justiz) zugesandte Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe **musste** innerhalb von 2 Wochen ausgefüllt und überzeugend begründet werden. Dies wurde vom Antragsteller mit Schreiben vom 02.Dez.2016 so gut wie möglich durchgeführt. Seitdem hat er nur noch Kontakt zum lokalen Obergerichtsvollzieher, der vom Bundesamt für Justiz beauftragt worden ist, Vollstreckungsmaßnahmen für Gerichtskosten am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig trotz Antrag auf Prozesskostenhilfe durchzuführen.

Versagung von rechtlichem Gehör am Bundesverwaltungsgericht ist auch Gegenstand einer Verfassungsbeschwerde am Bundesverfassungsgericht (Umfang 424 Seiten):

Treib- und Hetzjagd der Stadt Velbert und des Westdeutschen Rundfunks (Beklagte) auf Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, der eigenen Zerschlagung und der Zerschlagung seines verstorbenen Bruders (Kläger, Beschwerdeführer, Rechtsnachfolger), nach Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren und auf Verzicht von Zwangsmaßnahmen während laufender Gerichtsverfahren, nach exzessiver Verletzung von Grundrechten und Gesetzesvorschriften am laufendem Bande durch chaotische, verwaltungsgerichtliche Verfahren ohne Vollstreckungsschutz gegen **Plünderung von Pfändungsschutzkonten** durch den kommunalen Finanzdienstleister des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Der Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe ist vom BfJ bis heute nicht einmal beantwortet worden. Nicht einmal eine Empfangsbestätigung. Dies ist besonders unerträglich, weil der Antrag innerhalb von 2 Wochen gestellt und umfangreich begründet werden musste (400 Seiten plus weiterführende Internet-Links).

Keinerlei Begründung wurde vom BfJ abgegeben. Offensichtlich: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe gibt es **nur für Asylanten**, aber nicht für deutsche Staatsbürger, die extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe beklagen, obwohl sie ein Leben lang mit qualifiziertem Nachweis Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland erbracht haben, als Angehörige der Kriegsgeneration 1941, als Opfer politisch motivierter Zerschlagungen nicht einmal Härteleistungen verdienen, sondern tumben Missbrauch von Staatsgewalt über sich ergehen lassen müssen.

⊗ **Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe**
Opfer hat alle Staatsorgane von Deutschland und an erster Stelle seine Bundespräsidenten über die politisch motivierten Zerschlagungen in Deutschland informiert

Politisch motivierte Zerschlagungen und die Deutschen Bundespräsidenten seit 2010 schauen zu

Schreiben an **Bundespräsident Horst Köhler** vom 25.05.2010 - Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 **zurückgetreten**)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Schreiben an **Bundespräsident Christian Wulff** vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Drei Schreiben an den **Bundespräsidenten Joachim Gauck**
Erstes Schreiben vom 12.03.2013:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht
vom 15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Zweites Schreiben vom 28.03.2013: Wir klagen an (Fortsetzung) und

Drittes Schreiben vom 10.04.2013: Wir klagen an (Fortsetzung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Auszugsweise:

„Mit unserem Brief vom 12.03.2013 haben wir Sie darum **gebeten**, Zeuge zu sein zu ungeheuerlichen Vorgängen in der deutschen Justiz unter Verantwortung des Bundesverfassungsgerichts. **Weiterhin haben wir Sie darum gebeten**, selbst einen Blick in unsere Verfassungsbeschwerde zu werfen und eine Überprüfung zu veranlassen. Hervorragendes Beweismaterial wie z.B. unser Congressband-Archiv und hochqualifizierte Zeugenaussagen z.B. von unseren ehemaligen Congressleitern, Beiratsvorsitzenden, Träger des Deutschen Zukunftspreises (Preis des Bundespräsidenten für Technik und Innovation), nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?!=8&e=2&m=56>

> > > <http://www.euro-online.de/sprecher.htm>

Ein Bundespräsident kann Zeichen setzen und beispielsweise die Lebensleistungen der Beschwerdeführer (Unterzeichner und Ehefrau) überprüfen lassen und entsprechend würdigen.“

„Wertvolle Jahre geraubt, 26 (2x13, heute 2x17) wertvolle Jahre sind über ein Viertel Jahrhundert auf dem Höhepunkt ihres Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum mit anschließender Diskriminierung und Diffamierung.

Am 20.März 2013 hat die deutsche Presse über eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts berichtet, mit der das Vollzugsdefizit vor allem bei Strafprozessen als verfassungswidrig verurteilt wird. Ein betroffener Polizist hat darüber geklagt, dass er wertvolle Jahre seines Lebens verloren hat. Er wurde in diesem Zusammenhang in 2011, also vor ca. **2 Jahren**, aus dem Polizeidienst entlassen. Die Polizeibehörde wird nun hoffentlich Anstrengungen einer ausgleichenden Gerechtigkeit unternehmen.

Hier: Die Beschwerdeführer beklagen seit 2010 verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, mit der Ihnen **die Existenz-Grundlage entzogen wurde**, totale Diskriminierung eines 30-jährigen Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, sodass sie den Verlust aller Altersrücklagen hinnehmen mussten trotz ihrer ausgewiesenen Lebensleistungen.“

⊗ **Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge**
Ständige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, der bayerischen Staatsregierung und des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe ist unerträglich geworden.

2017: Ist das System Deutschland sanierungsbedürftig, überhaupt sanierungsfähig?

Welche Partei soll das Opfer wählen?

Bei der Bundestagswahl 2017 mit Parteien und Öffentlich-rechtlichem Rundfunk, die bis heute jede Information über die Ursache von HARTZ IV und Agenda 2010 unterdrücken und angeblich einen Gerechtigkeitswahlkampf führen, aber keine Rehabilitierung zulassen wollen?

Was ist das für ein Wahlrecht, das nur noch zum Protest gegen ein diskriminierendes Establishment eingesetzt werden kann?

Nicht der Qualitätsjournalismus, sondern Einschaltquoten bestimmen die Strategien des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der sich aus den Fängen des Establishments von alleine nicht mehr befreien kann.

Unerträglich sind die wachsenden Defizite des deutschen Rechtsstaates:
Als Beschwerdeführer der einsehbaren Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 (1 BvR 382/17) beklagt der Unterzeichner, dass er, offensichtlich auf Druck der heute beklagten Bundesregierung, **faktisch keinen Zugang mehr zum Grundgesetz hat:**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Ständige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, der bayerischen Staatsregierung und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang ist ein nicht mehr hinnehmbarer Dauerzustand, der mit dem grundrechtsgleichen Recht nach Art.20 Abs.4 zu bekämpfen ist

Im Nachtprogramm der ARD ausgestrahlt, Video verfügbar bis **24.07.2017**:
„**Erledigt! Deutsche Justiz im Dauerstress**“: Richter und Betroffene reden Klartext. Sie meinen, Deutschland mit seinem Justizsystem würde derzeit nicht einmal mehr in die EU aufgenommen. Offen sprechen sie über ihre Arbeitswelt und die teils unwürdigen Bedingungen, unter denen hierzulande Recht gesprochen wird.

Im europäischen Ranking der Besoldung deutscher Richter läge Deutschland auf einem der letzten Plätze, knapp vor Armenien oder Albanien, beklagen Mitglieder des Deutschen Richterbundes.

Richter haben keinerlei Motivation für rechtliches Gehör (ein grundrechtsgleiches Recht für Rechtssuchende), weil die Systematik des Staatshaftungsrechts viel zu verworren ist, hier auch noch die Verwicklung in mehrere, politisch motivierte Zerschlagungen mit Todesopfern, mit unbewältigter NS-Vergangenheit, mit kapitalen Vermögensschäden, mit sozialer und wirtschaftlicher Exklusion, mit staatlich erzwungener Altersarmut, mit Missbrauch von Staatsgewalt auf Bundesebene und Landesebene.

Deutsche Justiz im Dauerstress, im Bundesverfassungsgericht längst bekannt, flüchtet sich in ständige Versagung von rechtlichem Gehör (verfassungswidrig), mit der Behauptung, nicht zuständig zu sein, mit der Behauptung, gegen Bundes- und Landesregierung nichts erreichen zu können, mit Abschiebung auf Zivilkammern, die sofortige Beschwerden überhaupt nicht bearbeiten können, weil ihnen der Einblick in Sachargumente und in entsprechendes Beweismaterial fehlt, aber aufgrund des gerichtlichen „Geschäftsplans“ zuständig wären (Verfassungsbeschwerde AR 8799/16 vom 24.Dez.2016 mit 400 Seiten, zusätzlich in der Internet-Cloud nachlesbar:)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-20.pdf>

mit Abschiebung auf Zivilkammern, die nur noch realitätsfremde Rechtsbeschwerden zulassen wollen, damit eine Auseinandersetzung mit der Faktenlage übergangen werden kann, mit der Behauptung, dass Prozesskostenhilfe ohne eine Perspektive auf Erfolg nicht möglich sei (Begründung dafür leider Fehlanzeige und daher als Versagung von rechtlichem Gehör zurückzuweisen) und und und . . .
um vor allem komplizierte Gerichtsverfahren zu politisch motivierten Zerschlagungen möglichst schnell zu beenden, weil überhaupt keine Zeit und kein Interesse für eine gründliche Aufarbeitung und für eine „Trockenlegung von staatlichem Sumpfgelände“ vorhanden ist.

So schafft sich deutsche Justiz ab und schafft dafür die Basis für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe.

Richterliche Unabhängigkeit hat überhaupt keine Chance mehr.
Richter, die gründlich arbeiten und so mehr Zeit brauchen, werden in zuständigen Justizministerien als „faul“ abgewertet. Hier sprechen de facto die beklagte Bundesregierung und die beklagte Landesregierung Recht, sie diktieren die richterlichen Beschlüsse, im Grundgesetz ist dies nicht vorgesehen. „Der wilde Bock wird zum rechtschaffenen Gärtner gemacht“. Ungeheuerlich!

***Das System Deutschland ist längst sanierungsbedürftig!
Die Frage ist, ob es aus den Krisen lernen kann und so sanierungsfähig wird. Die Hoffnung stirbt zuletzt.***

***„Wenn es ein Land gibt,
das aus den bisherigen Krisen nichts gelernt hat,
dann ist das Deutschland“***
Paul Krugmann, Nobelpreisträger für Wirtschaft 2008.

Velbert, den 28.Juni 2017



Albin L. Ockl

Alle Presseinformationen in der Internet-Cloud nachlesbar:

Nr. 5 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1707.pdf>

Nr. 4 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1702.pdf>

Nr. 3 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1604.pdf>

Nr. 2 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1602.pdf>

Nr. 1 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1308.pdf>

Oft angeklickt:

**Maischberger-Sendung über Zusammenhang von politisch
motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 72)